

Verzugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Morgens

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Dornbros-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-207.

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Vorbereitung der Kölner Räumung.

Zusammenkunft Stresemann-Chamberlain. — Zuversicht in Paris.

Paris, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im französischen Kriegsministerium hat am Mittwoch eine Konferenz über die Verwendung der französischen Besatzungsarmee nach der Räumung des nördlichen Rheinlandes und über eine Umgruppierung der französischen Truppen stattgefunden. In dieser Konferenz nahmen u. a. teil: Marschall Foch, General Guillaumat, der Kommandeur der Rheinarmee und Tardieu, der Vorsitzende der Rheinlandkommission.

V. Sch. Locarno, 8. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Unterhandlungen zwischen den Delegierten dauern fort. Die wichtigste dürfte übrigens die zwischen Stresemann und Chamberlain gewesen sein, die im Palace-Hotel stattfand und etwa zwei Stunden dauerte. Als Stresemann das Hotel verließ, verweigerte er jede Auskunft. Briand hatte seinerseits die französische Presse zu sich gebeten, um eine von Havas weiter verbreitete Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Locarno zu dementieren, wonach er sich bereits mit dem Reichkanzler Luther am Mittwoch in seiner Unterhaltung in Ascona dahin geeinigt hätte, daß Frankreich auf jede militärische Garantierung der Ostverträge verzichten würde. Auch die deutsche Delegation ließ danach diese Version dementieren. Nach allem, was man erfährt, ist es ausgeschlossen, daß Frankreich zu einem solchen völligen Verzicht einer militärischen Garantie veranlaßt werden könnte, hingegen dürfte die in unserer heutigen Morgenausgabe bereits ange deutete belgische Anregung, daß Frankreich sich darauf beschränke, dem Völkerbund eine einseitige Erklärung zu übermitteln, wonach es sich als Garant eines deutsch-polnischen Schiedsgerichtsvertrages betrachte, mehr Aussicht auf beiderseitige Annahme haben.

#### Inoffizielle Besprechungen.

Locarno, 8. Oktober. (Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten.) In Locarno gibt es eine offizielle Konferenz und inoffizielle Konferenzen. Die Probleme werden vorwiegend in den privatgeführten Erörterungen gelöst; in den offiziellen Sitzungen erfolgt die schriftliche Niederschreibung der Ergebnisse der privaten Verhandlungen. So hat die Locarno-Konferenz den Charakter der Londoner Konferenz angenommen. Offiziell stand nur eine eng umgrenzte vorher festgelegte Tagesordnung zur Debatte. Und doch wurden auch in London Fragen aufgeworfen und behandelt, von denen auch nur zu reden in den ersten Konferenztagen als eine Sünde gegen den Versailler Vertrag betrachtet wurde. Mit einigen Vorbehalten darf man das Gleiche über Locarno sagen. Auch hier entwickelt sich eine lebhaftere Unterhaltung der Staatsmänner über Fragen, die offiziell nicht erörtert werden dürfen. Ueber die Notwendigkeit, das Besatzungsregime zu ändern, scheint man sich einig geworden. Auch die Räumung Kölns ist eine fast beschlossene Sache, denn die Meinungsverschiedenheiten über die Entlassungsnotiz, von deren Ausführung die Kölner Räumung formal abhängt, sind in der Hauptsache behoben. Die Forderung der Botschafterkonferenz, den Offiziersstiel der Schupo-offiziere zu beseitigen, wurde fallen gelassen und Marschall Foch erhielt auch über andere Streitpunkte Instruktionen, die den deutschen Standpunkt entspreche. Dazu tritt die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Alliierten, im ganzen Westen das Besatzungssystem zu mildern, die Truppenzahl zu vermindern und die berechtigten Klagen der deutschen Bevölkerung mit aller Energie zu beheben.

Alle diese Fragen wurden in der Aussprache zwischen Luther und Briand behandelt. Jedoch die Kriegsschuldfrage zu berühren, hat der Kanzler vermieden.

Die Zusicherung der Räumung Kölns dürfte wegen der rechtlichen Nichtzuständigkeit der alliierten Minister nicht in Vertragsform, sondern durch eine Note festgelegt werden. Diese würde den gleichen Charakter tragen, wie im vergangenen Jahre das Schreiben Herriots an Marx über die Räumung des Ruhrgebietes. Auch damals wurde die inzwischen durchgeführte Räumung nicht vertragsmäßig, sondern nur durch eine Erklärung zugesichert. Damals griffen uns die Deutschnationalen wegen dieser Form an. Nun ist ihre eigene Regierung im Begriff, das Verfahren des Vorjahres ebenfalls anzuwenden.

Die Form des Austausches von Erklärungen dürfte auch zur Vereinfachung der Fragen des Ostpakt und des deutschen Eintritts in den Völkerbund angewandt werden. Von einer vertragsmäßigen Erfüllung der deutsch-nationalen „Vorbehalte“ wird nicht gesprochen werden können. Zur Klärung der Ostfrage schwebt den Hauptdelegierten gegenwärtig die Entscheidung vor, die im Juli 1925 von der Internationalen sozialistischen Konferenz in Brüssel gefaßt wurde; sie besagte, daß kein Staat als Garantie Rechte beanspruchen dürfe, die über seine Befugnisse auf Grund der Völkerbundscharten hinausgingen. So wird wahrscheinlich eine vertragsmäßige Garantie für die polnischen und schiedlichen Verträge fortfallen. Vermutlich wird Frankreich durch eine Erklärung vor dem Völkerbund seiner Auffassung Ausdruck geben. Etwas Ähnliches wird Deutschland in Bezug auf das Durchmarschrecht des Art. 16 zugestanden werden, an dem etwas zu ändern die Locarno-Konferenz nicht zuständig ist.

#### Der Kampf um die Ostgarantie.

Locarno, 8. Oktober. (Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten.) In der Dienstagstagung der Ministerkonferenz hatte Briand den Standpunkt der französischen Delegation über die östlichen Schiedsverträge dargelegt. Frankreich, das durch

seine Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei gebunden sei, müsse Wert darauf legen, seinen Verpflichtungen beim Abschluß von Ostverträgen Rechnung zu tragen. Nach diesen Darlegungen vertrat der deutsche Außenminister Dr. Stresemann, wie jetzt zur Richtigstellung irreführender Angaben der „Schweizer Depeschagentur“ bekanntgegeben wird, den deutschen Standpunkt, indem er hervorhob, daß der Westpakt in keiner Weise eine Bedrohung der Ostgrenzen bedeuten solle. Deutschland habe selbst die Schiedsverträge für den Osten angeregt und die Frage ständig gefördert. Deutschland habe auch einer Verbindung der Schiedsverträge und des Sicherheitspaktes mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht widersprochen, um darzutun, daß Deutschlands Anregungen zum Sicherheitspakt kein taktisches Manöver sind, sondern von dem ehrlichen Willen nach einem wirklichen Frieden diktiert werden. Dagegen sei nicht einzusehen, weshalb neben dem Sicherheitspakt und dem Eintritt in den Völkerbund noch eine besondere Garantie für die Ostgrenzen als notwendig erachtet werde. Das sei eine Herabminderung des Ansehens des Völkerbundes, der danach noch nicht genüge, um friedliche Zustände zu garantieren. Briand erklärte dem gegenüber, daß gewisse Bestimmungen des Völkerbundes noch nicht genügend Leben gewonnen hätten; daher seien noch gewisse Ergänzungen erforderlich, die später wohl einmal fortfallen könnten.

#### Pariser Zuversicht.

Paris, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Obwohl auch von französischer Seite über die Unterredung zwischen Briand und Luther strengstes Stillschweigen gewahrt worden zu sein scheint, sind doch die Berichte der französischen Blätter darüber ungewöhnlich optimistisch. Aus der Länge der Aussprache und dem freundlichen Tone, in dem sie nach dem Bericht zuverlässiger Augenzeugen geführt worden sein soll, schließt man, daß es den beiden Ministern gelungen sei, durch gegenseitige Zugeständnisse über die bestehenden Schwierigkeiten hinwegzukommen. Das „Echo de Paris“ will wissen, daß man bereits eine Formel gefunden habe, um die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken. Für die Behauptung, daß Frankreich endgültig auf den Anspruch eines Eingreifens zwischen Berlin, Prag und Warschau verzichtet, und das deutsche Veto gegen die französische Garantie der Schiedsverträge im Osten anerkannt habe, liegt jedoch bisher keinerlei Bestätigung vor. Nach der gleichen Quelle soll Deutschland in der Frage der Schiedsverträge selbst ein prinzipielles Zugeständnis gemacht haben, indem es seinen bisherigen Widerspruch gegen den obligatorischen Charakter der Schiedsverträge und ihre Ausdehnung auf alle Konflikte sowohl juristischer als politischer Art zurückgezogen habe. Dieser Erfolg, meint das Blatt, sei jedoch von Frankreich teuer erkauft worden, wenn dieses tatsächlich für die Zukunft auf das Recht zu automatischen Sanktionen im Falle einer Verletzung der zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn abgeschlossenen Schiedsverträge verzichtet haben sollte. Denn ein solcher Verzicht läme praktisch der Preisgabe der Defensivbündnisse zwischen Frankreich und seinen osteuropäischen Alliierten gleich. Auch in bezug auf Artikel 16 des Völkerbundsstatutes soll Briand bei der Unterredung mit Luther nach dem „Echo de Paris“ dem deutschen Standpunkt neue Konzessionen gemacht haben.

#### Die Einladung an Polen.

Locarno, 8. Oktober. (W.B.) In der gestrigen Botschaftung der Konferenz wurde auch die Frage der Zulassung der polnischen Delegation zur Konferenz erörtert. Dabei wurde beiderseits die Ansicht geäußert, daß für die Zulassung ein besonderer zustimmender Beschluß der eingeladenen Mächte notwendig sei.

#### Ende der Interparlamentarischen Konferenz. Annahme der Resolutionen.

New York, 8. Oktober. (W.B.) Bei Schluß der Tagung der Interparlamentarischen Union hielt das amerikanische Kongressmitglied Burton, offenbar im Auftrag des Präsidenten Coolidge, eine Rede, in der er sagte: Es ist nachdrücklich gefordert worden, daß Präsident Coolidge eine neue Abrüstungskonferenz einberufen solle. Bei verschiedenen Gelegenheiten hat der Präsident seinem Wunsch Ausdruck gegeben, eine solche Versammlung einzuberufen. Gegenwärtig aber werden verschiedene Konferenzen in Europa zu diesem Zweck abgehalten. Es würde eine Einmischung des Präsidenten bedeuten, wenn er, während diese Bemühungen im Gange sind, hierher eine Konferenz einberufen würde, obwohl hier eine ruhige Atmosphäre herrscht, die in einigen anderen Ländern der Welt leider nicht vorhanden ist. Wir hoffen, daß diese Konferenzen erfolgreich enden und daß sie ein neues Zeitalter in Europa einleiten, wo die größten Anstrengungen gemacht werden sollten, internationale Solidarität, Abrüstung und Frieden zu sichern.

Es wurde eine Resolution des Schweizer Reichs einstimmig angenommen, in der die ständige Kommission beauftragt wird, bei den Bundesgruppen eine Untersuchung über das parlamentarische System anzustellen und über deren Ergebnis zu berichten.

Washington, 8. Oktober. (W.B.) Die Konferenz der Interparlamentarischen Union nahm in ihrer Schlußtagung eine Resolution an, die eine Untersuchung der wirtschaftlichen Schranken zwischen den Ländern Europas verlangt. Diese Untersuchung soll von dem Gesichtspunkt einer schließlichen Abschaffung dieser Schranken ausgehen. Der Antrag, der von dem Delegierten Procops in Vertretung des deutschen Antragstellers Adolf Braun eingebracht worden war, wurde nach zweistündiger lebhafter Debatte angenommen.

### Umsturz von oben.

Gewalt und Gesetz im faschistischen Italien. (Von unserem römischen Korrespondenten.)

Rom, 5. Oktober 1925.

Entsprechend der vom Parteisekretär Faninacci ausgegebenen Parole ist die faschistische Bewegung in eine neue Phase brutaler Gewaltamkeit getreten, die sich diesmal in erster Linie gegen die Freimaurer richtet. In Turin ist man am 3. Oktober in das Lokal der maximalistischen Partei eingedrungen, während einer Sitzung der lokalen Sektion. Die Faschisten bedrohten alle mit dem Revolver, durchsuchten sie persönlich und mißhandelten mehrere der Anwesenden, vor allem die Abgeordneten Romita und Amedeo. In Lucca sind die Bureaus der Rechtsanwälte Marinelli und Giorgi geplündert und dann die Möbel und Dokumente verbrannt worden. In Pisa hat man den Beamten Sticfetti und den Hauptmann der Reserve Salcito auf der Straße mit Knüppeln niedergeschlagen!

Am ernstesten sind die Ereignisse in Florenz, wo bereits seit fünf Tagen Jagd auf Freimaurer gemacht wird, die das lokale „Direktorium“ durch Maueranschläge verherrlicht hat, indem es sich gleichzeitig die Initiative zu weiteren Gewalttaten vorbehielt. Aus Florenz sind acht Faschisten nach Rom gekommen, um dem stellvertretenden Großmeister des Freimaurerordens, Professor Reoni, seine Verbannung aus Rom mitzuteilen, die auch die Familie mitbetrifft. Nachdem man dugendweise Freimaurer oder als solche geltende Personen auf der Straße überfallen hat, drangen von dem Faschisten Luparini geführte Faschisten am Abend des 2. Oktober in die Wohnung des Privatbeamten Bandinelli, den sie zwingen wollten, mit ihnen in das Partellokal zu kommen. Bandinelli weigerte sich und der Eisenbahner Benicolini machte zur Verteidigung des Ueberfallenen von seinem Revolver Gebrauch und verwundete Luparini tödlich. Benicolini wurde verhaftet, aber trotzdem von den Faschisten getötet. Was weiter geschah, weiß man nicht. Die Zeitungen berichten lakonisch:

Gegen Mitternacht wurde in S. Maria Nuova der frühere Abg. Bilati schwer verwundet aufgenommen. Er wies einen Bauchschuß und eine Stichwunde am Oberschenkel auf. Zustand lebensgefährlich.

Und weiter: Nach Mitternacht wurde in S. Maria Nuova die Leiche des Rechtsanwalts Gustavo Conole, früheren Korrespondenten des „Avanti“ eingeliefert. Zwei Schußwunden im 4. und 5. Interkostalraum.

Es folgen die kleineren Verwundungen. Genosse Bilati hat im Kriege seinen rechten Unterarm verloren: er war also doppelt dem faschistischen Haß geweiht, als Sozialist und als einer, der so dumm gewesen, im Kriege seine Pflicht zu tun! Wäre er, wie Faninacci, stellvertretender Stationsvorsteher geblieben, so hätte ihn der Krieg nicht den Arm, und seine Ueberzeugung nicht das Leben gekostet.

Farinacci, von dem die Orde der Freimaurerjagd ausgeht — er wollte dadurch seine Zugehörigkeit zum Orden ausweisen, wie er selbst gefagt hat — hat jetzt die Einstellung der Gewalttätigkeiten angeordnet. . . Die Sache ist peinlich wegen ihres Rückschlages auf den Stand der Vira. „Lote wiegen schwer“, hat Mussolini einmal gefagt. Wo sie das Gewissen der Rörder nicht mehr bedrücken, lasten sie doch auf den Balutaturfen. . .

Im Grunde sind das, so entsetzlich das klingen mag, nur Kleinigkeiten. So fürchtbar und widerwärtig es für jedes gesunde Gefühl ist, daß man den politischen Gegner einfach der Polizei entreißen kann und auf der Straße umbringen, daß es für den Gegner der Regierung keinen Hausfrieden, keine Sicherheit des Guts und Lebens mehr gibt, so ist es viel schlimmer, daß die Regierung mit allen verfassungsmäßigen Rechten, so mit den Grundfägen des Völkerrechts durch eine Reihe diktatorischer Maßnahmen brechen will.

Von offiziöser Seite werden die folgenden neuen Gesetze in Aussicht gestellt: Abschaffung der Selbstverwaltung in allen Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern und in solchen, deren Gemeinderat in zwei Jahren zweimal aufgelöst worden ist. Der ersten Kategorie gehören 7366 von den 9148 Gemeinden Italiens an; die zweite Kategorie kann die Regierung so sehr ausdehnen, wie sie will. Die größeren Gemeinden, die die Regierung aus irgend einem Grunde nicht der zweifachen Auflösung unterwerfen will, dürfen sich ihre Vertretung wählen. Nicht wählbar sind „die Mitglieder von Vereinen und Verbänden, die die politische Ordnung des Staates zu stürzen suchen“. Dies der Grabstein der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz.

Wenn für die Verwaltung der kleinen Gemeinden der k. k. Bobesid der Habsburger Fremdherrschaft wieder zu Ehren kommt, so für die Ministerpräsidentenwürde das alte preussische Kanzleramt. Das Regierungsoberhaupt soll nicht mehr von der Parlamentsmehrheit abhängen, wie in den verfallenen Demokratien, sondern wird „einen von den parlamentarischen Wechselfällen unabhängigen Charakter erhalten und, von Ausnahmefällen abgesehen, nur noch dem König verantwortlich sein“. Dabei nennt sich selbst der König in Italien „von Gottes Gnaden und durch den Willen des Volkes“. Es wäre entsetzlich, wenn durch den Umweg über den König etwas vom Volkswillen auf den Diktator abfärbte.

Nach weitere Gesetze werden für den Herbst in Aussicht gestellt: die Abertennung der italienischen Staatsbürgerschaft

die Beschlagnahme des Besitzes für alle, die in Ausland schlecht über die italienische Regierung schreiben oder sprechen darf man fragen, wie sich die andern Staaten gegen diese neuen „Vaterlandslosen“ verhalten werden? Werden sie diese Leute, die keinen Konsularschutz haben, aufnehmen? Wie wird es mit ihrer Hospitalisierung in Krankheitsfällen, wie mit dem „Abziehen in die Heimat“, wenn diese neuen Heimatlosen mittellos sind?

Wenn man den „Corriere della Sera“ im Ausland liest, werden dann die Güter des Senators Albertini eingezogen? Man wird der lauter Ueberflut nicht wissen, wohin. Albertini kan: zunächst als „antimperial“ ins Zwangsdomizil kommen, liest man dann sein Blatt im Ausland, so beschlagnahmt man seinen Besitz, die Abrechnung der Staatsbürgerlichkeit bleibt noch als Garant, denn im Zwangsdomizil, wo er mit andern „elenden Eubern“, wie Turati, Amendola, Don Starzo haust, wird nicht allzuviel vom Bürgerrecht übrig bleiben. Ob die Darreichung von Khizinusöl, die die erste Periode des Faschismus so glorieid machte, auch „in den Staat eingeschleppt wird“, wie die anderen revolutionären Taten, wissen wir nicht, aber es gibt noch eine Unzahl von Möglichkeiten, denen gegenüber die Todesstrafe ein recht magerer Einfall erscheint.

Wie alles heute harmonisch ineinander greift, ersieht man aus folgendem: Eine faschistische Agentur teilt mit, daß die Teilnehmer an einem katholischen Kongreß von Republikanern überfallen und geprügelt worden sind. Als dann der lokale Korrespondent die Sache richtigstellt: die Angreifer waren Faschisten, wird die Richtigstellung beschlagnahmt. So bleibt bei den Republikanern!

## Neue Reichsbannerhehe.

### Der Hindenburgtag von Finsterwalde.

Die deutschnationale Presse leistet sich wieder einmal einen neuen Vorstoß gegen das Reichsbanner. In großer Aufmachung berichtet die „Deutsche Zeitung“ ebenso wie die „Deutsche Tageszeitung“ über einen Zusammenstoß, der zwischen Stahlhelmen und anderen bei dem Fackelzug an Hindenburgs Geburtstag in Finsterwalde stattgefunden haben soll. Wirkliche Schauererzählungen über Mordhandlungen, die an angeblich friedlichen Fackelzugläuten verübt wurden werden da mit dem Brüllen der Ueberzeugung vorgetragen. Danach wären aus der ganzen Umgegend Reichsbannerleute und „rote Frontkämpfer“ zusammengezogen worden, die sich in den Straßen postierten und mit Steinen verfahren, um den Fackelzug zu überfallen:

„Der friedlich dahingehende bürgerliche Festzug wird mit dem Rufe „Reichsbanner vor zum Sturm!“ und „rote Frontkämpfer vor!“ gefürmt. Inmitten stehen die roten Führer und dirigieren mit Signalpfeifen den Angriff. Bürgermeister und Polizei sind nicht anwesend. Der im Zug mitmarschierende Stahlhelm wehrt sich und schafft in höchster Not Luft.“

So die „Deutsche Tageszeitung“. Ihre Kollegin, die „Deutsche Zeitung“ ist um einen Grad ehrlischer. Bei ihr heißt es: „Der im Zug mitmarschierende Stahlhelm wehrt sich und schlägt in der Notwehr in die Luft.“ Das ist ein kleiner Unterschied, der aber zeigt, daß die Stahlhelmer wieder einmal mit Schußwaffen ausgerüstet den „friedlichen bürgerlichen Fackelzug“ begleiteten.

Die ganze Schauererzählung wird aber hauptsächlich zu dem Zweck erzählt, um den sozialdemokratischen Bürgermeister von Finsterwalde Dr. Ostrowski, zu beschuldigen, daß er seine Pflicht veräußert und seine Polizeibeamten nicht zum Schutze des Hindenburgfackelzuges vorgeschickt habe. Um das zu bekräftigen, fügt die hiesigen Organe der Deutschnationalen hinzu, er habe sich in das Lokal „Zum Pomm“, wie die Krautjunkerblätter höhnisch bemerken, ein „Lokal dritter Güte“, zurückgezogen.

Die Absicht dieser ganzen Darstellung liegt auf der lachen Hand. Es soll eine neue Hege gegen das Reichsbanner veranlaßt werden und man hofft, daß bei dem systematischen Daraufschwindeln schließlich über den Bürgermeister von Finsterwalde auch der sozialdemokratische Polizeiminister von Preußen in Schimpflichkeiten kommen könnte.

Deswegen muß schon heute darauf hingewiesen werden, daß an den Zusammenstößen in Finsterwalde das Reichsbanner in

keiner Weise beteiligt gewesen ist. Der Ruf „Reichsbanner vor zum Sturm“ bedeutet also eine glatte Erfindung! Ob die Schilderungen der angeblichen Gewalttätigkeiten sonst stimmen, lassen wir dahingestellt, da wir nicht berufen sind, für den „Roten Frontkämpferbund“ irgend eine Erklärung abzugeben.

Wir hoffen aber, daß eine eingehende Untersuchung der Vorfälle das Schwindelsystem der deutschnationalen Blätter restlos aufdecken wird. Von dem Ueberfall der Stahlhelmer auf das Gewerkschaftshaus in Dsnabrück und die Verlegung der Republikaner in diesem Gewerkschaftshaus haben die deutschnationalen bisher mit keiner Silbe berichtet. Sie wissen wohl warum!

## Segen das Reichsschulgesetz.

Der Landesverein preussischer Volksschullehrerinnen hat zum Entwurf des Reichsschulgesetzes folgende Resolution angenommen: Die schweren Bedenken, die fast alle Pädagogen gegen den in der Reichsversammlung, Art. 146, festgelegten Schulkompromiß erhoben haben, erweisen sich durch den neuen Gesetzentwurf als nur zu sehr berechtigt.

Die Auslegung, die Art. 146 in dem neuen Entwurf gefunden hat, widerspricht dem Geiste selbst dieses Kompromisses. Artikel 146, Abs. 1, der den einheitlichen Aufbau eines leistungsfähigen deutschen Schulwesens eingeräumt sichert, ist dadurch, daß der Entwurf nur eine Auslegung des Abs. 2 enthält, bedeutungslos geworden.

Der vorliegende Entwurf muß in seiner Auswirkung eine vollständige Zersplitterung unseres Schulwesens mit sich bringen. Das Aufsichtsrecht des Staates wird aufgehoben, wenn die pädagogische Ausgestaltung der Schule nicht mehr, wie bisher, allein Sache des Staates bleibt.

Das Beamtenrecht des Lehrers ist schwer gefährdet, wenn die Beurteilung seiner Tätigkeit durch besondere Beauftragte der Religions- und Weltanschauungsgesellschaften weittragende Rechtsfolgen nach sich ziehen kann.

Wir rufen die gesamte Öffentlichkeit zum Schutze der deutschen Staatschule auf!

Der Vorstand des Landesvereins preussischer Volksschullehrerinnen.

## Das wissen sie noch nicht!

### Kommunistenkonfusion.

Die Diskussion zwischen den verschiedenen Gruppen der KPD — nach Einwohnern sind es im ganzen sechs — ist in ein Stadium eingetreten, in dem niemand mehr weiß, wer Koch und wer Kellner ist. Alles dreht sich im Kreise, alle Begriffe geraten in Bewegung und lösen sich auf. Inmitten dieses großen Reibens erhebt sich nun in der „Roten Johne“ Lily Korpus, eine Wortführerin der Linken, um aus angsterfülltem Herzen folgende Fragen an das Rostauer Schicksal zu stellen:

1. Welche Politik führen wir in der Frage Republik oder Monarchie?
2. Welche Politik führen wir dem Volksblock gegenüber, der, wie die neuesten Vorgänge im Zentrum zeigen, in Kürze wieder auf der Tagesordnung stehen kann?
3. Welche Haltung nehmen wir jetzt in der Preußenpolitik ein?
4. Welche Linie verfolgen wir in der Kommunalpolitik? (Ist die von den UltraLinken so oft aufgeworfene Frage der Wahl des Dortmunder Bürgermeisters Hirsch eine rechte Abweisung?)
5. Wie und mit welchen konkreten Aufgaben soll die Schaffung des linken Gewerkschaftsflügels durchgeführt werden, um besonders die Sympathien für Sowjetrußland zu organisieren?
6. Welches Programm der roten Einheitsfront gegen Leuerung und Kapitaloffensive werden wir als Arbeitsbasis in den Betrieben benutzen?

Also, das alles wissen sie noch nicht! Sie haben es wahrscheinlich nie gemußt aber wenn sie es gemußt haben, haben sie es wieder vergessen. Nichtsdestoweniger bilden sich diese Leute ein, sie könnten Politik machen! Komischerweise schreiben sie nach der „Einheitsfront“ mit den sozialdemokratischen Arbeitern, obwohl sie selbst in sechs Fronten sich gegenseitig bekämpfen! Ihr Ziel ist

es, den großen Ruddle-muddle, in dem sie sich befinden, auf die ganze Arbeiterbewegung, zunächst besonders auf die Gewerkschaften zu verberiten. Sie sind zur Führung berufen — das heißt diejenigen der sechs Gruppen, die gerade fünf Minuten lang von der Rostauer Gnadenjonne beschienen wird — ein Verräter, wer sich dieser Führung widersetzt! Bloß, wohin sie führen sollen, ach das wissen sie leider noch nicht!

## Die „Säuberer“ an der Arbeit.

### Stahlhelm als Empfänger veruntreuter Kriegsbeschädigtengelder.

Die Affäre der beiden „nationalen“ Ehrenmänner Major Döfler und Dr. Reißner wegen Unterschlagung beim „Sächsischen Volkspopser“ beschäftigt immer noch die Öffentlichkeit. In der bürgerlichen Presse war behauptet worden, daß die beiden schon vor Monaten aus der Mitgliederliste der Deutschnationalen Volkspartei gestrichen worden seien. Diese Meldung entspricht nicht den Tatsachen, denn die beiden haben noch vor ganz kurzer Zeit eine führende Rolle in der Deutschnationalen Volkspartei Sächsens gespielt. Dr. Reißner, der vor seinem Uebertritt in die Deutschnationale Volkspartei noch im vergangenen Jahre der Geschäftsstelle der Deutschen Volkspartei angehört, hat sogar noch nach Bekanntwerden des Skandals im Partei der Deutschnationalen verkehrt. Im übrigen wird die in Parteibureau der Deutschnationalen verkehrt. Im übrigen wird die in der sozialdemokratischen Presse gegebene Darstellung über den Fall Döfler-Reißner durch einen amtlichen Bericht des Untersuchungsrichters bestätigt. Die Untersuchung richtet sich gegen die beiden „nationalen“ Kavaliere, denen gemeinsame Unterschlagung, Untreue, Betrug und Privaturlundenfälschungen zum Raub die beiden Sächsischen Volkspoppers zur Last gelegt wird. Ausdrücklich wird die Meldung der Telegraphenunion, nach der Dr. Reißner es lediglich an scharfer Kontrolle habe fehlen lassen, als unrichtig bezeichnet. Im Gegenteil könne Dr. Reißner als der Hauptschuldige angesehen werden. Dieser Ehrenmann, der Sammelgeber für Kriegsbeschädigte und Altersrentner verpackte, nimmt im übrigen den § 51 des Strafgesetzbuches (geistige Unzurechnungsfähigkeit) für sich in Anspruch! Die beiden Verhafteten hielten sich ein Auto und einen Chauffeur, zählten im nationalen Klub bis tief in die Nacht hinein und gaben von den veruntreuten großen Summen, die an hunderttausend Mark heranreichten, große Beiträge an Stahlhelm, Berwolf, Jungdo und den „Nationalen Klub“. Letzterer erhielt allein 25000 Mark. Ein Ersatz ist von den beiden bisher noch nicht geleistet worden. Der Verband sächsischer Industrieller gibt heute in einer Zuschrift an die Presse zu, daß Dr. Reißner in der Geschäftsführung des Verbandes tätig gewesen ist. Wir gratulieren!

## Der Landratsprozess in Liebenwerda.

### Strafanträge des Staatsanwalts.

Lörgan, 8. Oktober. (BS.) Der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Bauer nahm heute das Wort zu seinem Plädoyer. In längerer Ausführungen ging der Staatsanwalt dann auf die Organisation der Kreispartei Liebenwerda ein, und zwar sowohl hinsichtlich der inneren Dienstverhältnisse, wie des äußeren Geschäftsgebahrens. Er ist der Ansicht, daß Vogl und Werres Beamte, aber auch als solche Bevollmächtigte seien, entsprechend der Rechtsprechung des Reichsgerichts. Dann beleuchtete er noch einmal ausführlich die sogenannte Schröder-Angelegenheit des Kreises Liebenwerda, den Ausgangspunkt des ganzen Falles, wobei er betonte, daß hieraus in strafrechtlicher Hinsicht keine Vorwürfe gegen die Angeklagten erhoben werden sollen. Dagegen hätten sich beide Angeklagten im Falle Schmidhals des Betruges und der Untreue, Werres auch der erschwerten Unterdrückung einer Urkunde schuldig gemacht. Was das Strafmaß anlangt, so solle strafmildernd ins Gewicht, daß beide Angeklagten bisher noch nicht vorbestraft sind und daß ihnen von ihren vorgelegten Dienststellen gute Zeugnisse ausgestellt worden sind. Strafschwerend komme in Betracht, daß der Kreis Liebenwerda um sehr hohe Summen geschädigt worden sei. Infolgedessen beantragte der Staatsanwalt gegen Landrat Vogl eine Gesamtstrafe von 11 Monaten Gefängnis, gegen Sparfassenbibliothekar Werres eine Zuchthausstrafe von einem Jahr und zwei Monaten, wobei zwei Monate auf die erlittene Untersuchungshaft anzurechnen seien.

## S. M. - S. H. - S. W. - S. J.

Protest! Protest! Das lasse ich mir nicht gefallen. Die Post bringt mir einen Brief. Schön, das ist ihr gutes Recht; genau genommen sogar ihre Pflicht: zumal in der rechten oberen Ecke des Umschlages eine deutsche Reichswehrmarke klebt. Ich frage mich nur, ob mir die Post den Brief auch zugestellt hätte, wenn in der Anschrift irgendeine schwere Ehrenkränkung enthalten gewesen wäre, wenn sie etwa gelaute hätte: an den Brandstifter, oder an den Raubmörder, Herrn Soundso?

Nun, die Anschrift enthält zwar keine so gräßliche Verunglimpfung meiner persönlichen Ehrenhaftigkeit, gleichwohl greift sie in nichtswürdiger Weise in mein Privatleben ein. Sie lautet nämlich: „Seiner Wohlgeborenen, Herrn...“

Ja, woher weiß denn der Mann das? War er etwa dabei? Wie kann er, ohne die historischen Voraussetzungen überprüft zu haben, die geradezu fahrlässig oberflächliche Behauptung aufstellen, daß ich wohlgeboren sei?

Es stimmt einfach nicht. An meiner Wohlgeburt ist kein wahres Wort.

Ich bin zangengeboren.

Gewiß, ich erinnere mich nicht persönlich dieses immerhin wichtigen Vorganges, aber alle guten Tanten erzählen, das mit dem wohl stimme absolut nicht. Wie komme ich dazu, mir eine Wohlgeburt nachzulegen zu lassen?

Und zudem: was geht den Briefschreiber meine Geburt an? Oder: was kann das die Post interessieren? Selbst wenn die Anschrift wahrheitsgemäß gelaute hätte: An den zangengeborenen Herrn... selbst dann müßte ich protestieren.

Merkwürdig, wenn sich die Leute nicht in Titelkrämpfen austoben können, korrigieren sie zumindest die Geburtsvorgänge. Ist man nicht Generaldirektor, na, dann ist man wenigstens Hochwohlgeboren. Das ist noch feiner als wohlgeboren.

Wir werden immer wohlher geboren. Sonst fand man diese Unsitte nur auf Briefumschlägen, die aus Oesterreich kamen. In Oesterreich ist nämlich jeder Mensch wohlgeboren. Darunter tut man es dort nicht. Mit Wohlgeborenen fängt man an und ist im Handumdrehen schon Hochwohlgeboren. Besonders Schneider und andere Persönlichkeiten, zu denen man in unregulierten finanziellen Beziehungen steht, machen rasch die Karriere vom Wohl- zum Hochwohlgeborenen mit.

Wir aber danken vielmals für diese sehr belanglose Bescheinigung unserer Geburt, mag sie sich auch hinter den verschämten Abkürzungen S. H. oder S. W. verbergen.

Ich zum Beispiel bin nicht S. H. und nicht S. W., sondern S. J. Und überdies bin ich der Meinung: sind wir mit S. M. fertig geworden, werden wir doch auch das S. H. und das S. W. bezwingen können.

Ein S. J.

Theater des Westens. „Der Orlow.“ Das Milieu dieser drei Akte ist ein anderes als sonst in Operetten. Maschinenraum, Port, Varieté, das sind die Lokaltypen, Längerin und Washinist die Akteure. Aber dieser Washinist, der in einer amerikanischen Automobilfabrik sein Geld verdient, ist ein ernittelter russischer Großfürst, im Besitz des größten, märchenhaften Jewels, des Orlow. Er liebt die Russin Nadja, für die der gleichfalls verlebte Automobilkönig ein Fest bereitet. Zu diesem wird auch der Russe geladen, der mit seinem schneefüchtigen Pferd das Herz der Landsmännin bedört hat. Bei dem Fest soll er sich, so kalkuliert der Fabrikherr, durch schlechtes Benehmen jede Chance verderben. Das gelingt natürlich nicht. Dagegen gerät er in den Verdacht, den berühmten Stein gestohlen zu haben. Nach Ausföhrung durch russische Detektive wirft er den Stein der Dame seines Herzens vor die Füße und verläßt sie zur selbigen Stunde (nicht ohne sie im frohen dritten Akt wiederzufinden).

Ernst Marijka und Bruno Granichstaedten schreiben die Handlung mit viel zu langer, schwerfälliger Exposition, aber lebhafter und interessanter Zuspizung des Konflikts im Mittelakt. Hier steht auch der große Wolger, der, gesund und wienertisch, die Operette zum Erfolg führt. Für den ersten Akt hat Granichstaedten zwar Bolalaita und Jagg für ein russisches Lied der Sehnsucht, ein Jagarettelied, ein Bärencouplet zu recht üblichen Melodien aufgeboten, aber es gehört schon die Beliebtheit und Folgenation Marijka, des interessantesten männlichen Operettenhelden, dazu, um über eine gewisse Langeweile dieser Szenen hinwegzutäuschen. Auch Lea Seidel braucht viel Zeit, um ihr Temperament leuchten zu lassen, aber wesentlich bleibt, daß sie Temperament hat. Sehr lebendig und jungenhaft ist Billy Stretter, breiter im Humor Richard Waldemar. Die Claque erzwang Dacapos, auch wo sie nicht gewünscht wurden. So muß die Operette von 7 bis 12 gedauert haben, also zwei Stunden zu lang.

Marokko und der Berber-Bloß. Der französische Schriftsteller Victor Biquet hat soeben unter dem Titel: „Das marokkanische Volk und der Berber-Bloß“ ein Buch erscheinen lassen, das über den Ursprung, die Zivilisation und die Sitten der Berber-Bevölkerung Marokkos bemerkenswerte Aufschlüsse bringt.

Allen Anschein nach ist der Stamm der Berber das Ergebnis der Mischung zweier Rassen, von denen die eine, die bodenständige, mit den Kelten blutverwandt ist, während die andere semitischen Ursprungs ist und von Osten her in das Land kam. Von dieser stammt die Sprache der Berber. Die beiden Stämme haben sich dann mit dem schwarzen Blut der Sklaven vermischt, die sie von Süden her in das Land einschleppten, und später mit römischen Kolonisten, die sie mit dem Christentum bekannt machten. Seit damals hat es im Rif, und zwar bis zum 11. Jahrhundert, Anhänger des Christentums gegeben. Auch das jüdische Element spielte beim Beginn der christlichen Ära Marokkos eine bedeutende Rolle. Schließlich sorgte die arabische Einwanderung im 8. Jahrhundert dafür, daß der Phasognomie der Bevölkerung Nordafrikas ein neuer Zug beigelegt wurde. Entgegen der allgemeinen Annahme war das arabische Element selbst dort, wo es am zahlreichsten auftrat, niemals vorherrschend. Der Grundstock des Berberstammes bestand

mit unerschütterter Kraft allen fremden Einflüssen. Nur in der Ebene erlag er ihnen zum Teil. Am reinsten erhielten sich die Sitten der Berber naturgemäß in den Bergbezirken, die schwer zugänglich waren. Nichte auch Sitte, Sprache und Recht der Kraber der Verbreitung der mohammedanischen Religion immer mehr Boden gewinnen, so widerstanden doch die Berber hier jedem Versuch, ihren Charakter abzuschleifen.

Gegenwärtig gibt es in Marokko sieben von einander verschiedene Berberstämme, deren Kern sich rein erhalten hat, wie ein Gürtel umgeben sie die mehr oder weniger arabisierten Stämme. Ihr Sitz ist der Djebel und das Rif. Victor Biquet schätzt die Zahl der reinen Berber im Djebel auf 147 000 und im Rif auf 295 000. Daneben wohnen in beiden Bezirken noch 470 000 bzw. 240 000 mehr oder weniger arabisierte Berber. Was die Kraber betrifft, so sind sie hier in verschwindender Minderzahl. Die Berber, mit denen es heute Franzosen und Spanier zu tun haben, schildert Biquet als Krieger, bei denen das Nationalgefühl im höchsten Grade entwickelt erscheint. Es ist eine edle Rasse voll Mut und Lebensenergie und dabei von einer Kraft und Fähigkeit, die sie zu einem gefährlichen Gegner macht.

Das englische Stiehflugzeug verunglückt. Während eines Probeflugs auf dem Flugplatz von Farnborough ist das englische Stiehflugzeug, das angeblich imstande sein soll, beliebig lange Zeit hindurch auf einem und demselben Punkt in der Luft zu verharrten, aus einer zum Glück nur unbedeutenden Höhe herabgestürzt. Wie versichert wird, hat das Flugzeug nur unwesentliche Beschädigungen davongetragen und auch der Pilot H. J. Graham ist unverletzt geblieben. Der Probeflug soll, sobald die immerhin notwendig gewordenen Reparaturarbeiten beendet sein werden, noch in diesem Monat wiederholt werden. Nähere Einzelheiten über die Konstruktion der Flugzeuge sind unbekannt, da das englische Luftministerium alles, was mit dem Flugzeug zusammenhängt, als strengstes Staatsgeheimnis betrachtet. Dementsprechend war der Flugplatz von Farnborough viele Stunden vor und nach dem Probeflug in weitem Umkreis abgesperrt. Schon hieraus geht hervor, daß der Erfindung eine außerordentlich große Bedeutung beigegeben wird, die vorzugsweise auf militärischem Gebiet liegen dürfte. Der Erfinder des Flugzeuges ist der Ire Louis Brennan, der bereits auf eine ganze Anzahl von Erfindungen zurückblicken kann, die sich sehr bewährt haben.

Im Felling-Theater findet die Premiere von „Gier unter Ulmen“ von O'Reilly erst am Dienstag, den 13. Okt., statt.

Gorch Jods Werte erscheinen soeben in einer Gesamtausgabe von fünf Bänden in würdiger Ausstattung im Verlage von M. Hogen jr. in Hamburg, eingeleitet und herausgegeben von Jakob Kinnau, dem Bruder Gorch Jods.

Im der Kaiserlich Reich wurde eine neue indologische Fakultät eröffnet, die dem Studium der niederländisch-indischen Kolonien dienen soll.

Das metrische System in Sowjetrußland. Die metrische Kommission des Allrussischen Zentralrats hat verfügt, unermittelt das metrische (Dezimal-) System in der Staatsbahn und einer Reihe staatlicher Unternehmungen einzuführen. Im Rostauer Kleinhandel tritt jedoch diese Verfügung erst am 1. Januar 1936 in Kraft.

## Der Mecklenburger Skandal.

### Zuchthaus für Reichsbanner — Amnestie für Fememörder?

Die beiden politischen Prozesse in Mecklenburg, der Femeprozeß von Schwerin und der Reichsbannerprozeß von Grevesmühlen, beherrschen immer noch die öffentliche Meinung im Land. Wertwürdigerweise herrscht absolut keine Siegerstimmung in den Kreisen des Landbundes und seiner völkischen Trabanten über die Heldentaten seiner Minister, Richter und Staatsanwälte. Der Zulauf zum Reichsbanner dagegen ist in der letzten Woche so groß geworden, wie im Lauf der letzten Jahre kaum anzunehmen war. Selbst große Teile der Bauernschaft wenden sich von einem Regierungssystem ab, das den einen Volksteil für vogelfrei für völkische Messer- und Revolverhelden erklärt und schützend seine Hand über die Mecklenburgischen Strauchritter hält.

Nach den Plädoyers im Grevesmühlener Prozeß wirkte es alarmierend, als der vom Reichsbanner zu den Völkischen übergetretene Arbeiter Edmund, der vor Gericht zitiert worden war, in einem abgetrennten Verfahren auf die Fürsprache seines völkischen Rechtsanwalts und auf Antrag des Staatsanwalts vom Platz weg freigesprochen wurde. Wenn man schon die Reichsbannerleute wegen angeblicher Ueberschreitung der Notwehr und wegen „Landfriedensbruch“ mit schweren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen bedroht, dann hätte man sich diese Prämie auf die Feigheit und Bestannungslumperei schenken können, die in diesem merkwürdigen Freispruch ausgedrückt ist.

Die Regierung des Herrn von Brandenstein scheint sich jedoch mit dem Grevesmühlener Gerichtsstandal nicht zu begnügen und einen Justizakt vorzubereiten, der geeignet sein dürfte, die Erregung des republikanischen Volksteils in Mecklenburg weiter zu steigern. Das mecklenburgische Staatsministerium plant nämlich die Begnadigung der im Schweriner Fememordprozeß zum Tode verurteilten völkischen „Tschekisten“ Stjeka, Roggen und Kalla. Nach Mitteilung des Verteidigers der drei Mordgefahren hat der deutschvölkische Justizminister Dr. Stammer die vollständige Begnadigung der drei Mörder im Laufe der nächsten drei bis fünf Jahre in Aussicht gestellt. Die Verurteilten sind wegen der Gefahr einer Gefangenendeckung vor einigen Wochen nach dem Zuchthaus Dreierberg übergeführt worden, da die Frau des ebenfalls in die Vorhölle vermittelten Oberleutnants Schöller alle Hebel in Bewegung gesetzt hatte, ein kleines Befreiungsmanöver zu inszenieren. Auch diesem Anstifter des bestialischen Mordes soll die dem kommunistischen Strafgefangenen Mecklenburgs bis heute vorenthaltene „Amnestie“ leuchten.

### Seltenstücke zum Grevesmühlener Prozeß schildert Polizeioberst a. D. Lange im „Sozialdemokratischen Pressedienst“:

Vor drei Jahren brachte der frühere Kommunist Bozenhardt das sehr gerühmte Städtchen Parchim in Mecklenburg, wo er Stadtverordneter war, in wilde Aufregung. Die drei blauen Polizeisten aus urmecklenburgischen Zeiten erwiesen sich als machtlos. Alle Augenblicke mußte ein Lastkraftwagen „Ordnung“ nach Parchim rollen, um die Staatsautorität wiederherzustellen. Ebenso gab es aber auch einen völkischen Rufer im Streit, den Amtshauptmann Bötschführ. Er wollte mit Bozenhardt und Genossen reinen Tisch machen und berief deshalb an einem Sonntag, als auch Bozenhardt gerade wieder irgendein Meeting abhielt, seine Mannen nach Parchim. Für den Sonntagabend wurde zum Zweck völkischer Erleuchtung ein Fackelzug geplant, und das weitere, dachte man, würde sich dann schon finden. Die Regierung hatte aber von Bötschführs Absichten Wind bekommen — und den Fackelzug verboten. Sicherheitshalber wurde auch ein kleines Kommando Ordnungspolizei entsandt, das im Rathaus Quartier aufschlug. Die Völkischen sahen im großen Saale eines der Gasthäuser, mutenbrannt über das Verbot des geplanten Fackelzuges und verfluchten, da es zunächst keine Kommunisten sein konnten, erhebliche Quantitäten Bier und Brantwein. In ihrer Rütze sah — angeblich um sie zu überwachen — der trankste Chef der Landestriminialpolizei, Regierungsrat Wiggers, ein Mann von schärfster Rechtsprüfung. Gegen Mitternacht waren Mut und Mut so weit geschwollen, daß die Fackeln doch entzündet waren und man sich auf die Straße begab. Die blaue Polizei wurde angegriffen und niedergetreten. Auf Benachrichtigung rückte nunmehr der Polizeioberleutnant Böhlke mit seinen 40 Beamten dem etwa 300 Mann starken völkischen Haufen entgegen und befahl Räumung der Straße. Er stieß auf Widerstand, der mit dem Summknüttel gebrochen werden mußte. Böhlke brach eine Panik aus und in wilder Flucht nutzte die „Amtshauptmanns“ eiserne Schar in das rettende Gasthaus zurück. Es wurde umstellt, dann schritt die Polizei im Saale zur Entwaffnung. Ein ganzes Arsenal von Pistolen, Dolchmessern, eisernen Leistungsröhren, Knüppeln, die mit Hilfe von durchgetriebenen Zolldosen, Nägeln u. „Morgensternen“ festiert worden waren, wurde beschlagnahmt — im ganzen mehrere Handkarrn voll. Eine Auslese dieser Waffen wurde später im Landtage bei einer Interpellation über diese Affäre auf den Tisch des Hauses niedergelegt.

Ein gerichtliches Nachspiel hatte aber das Ganze nicht. Niemand wurde zur Rechenschaft gezogen. Von Zusammenrottung, Landfriedensbruch usw. war keine Rede. Eine „harmlose Sache“, die die Justiz nichts angeht! Damit vergleiche man die Vorgänge von Grevesmühlen und die Art ihrer Erledigung.

Es gibt auch sonst noch unerledigte Fälle. Der trankste ist dieser: Im Sommer 1920 hatten sich Orgeleitungsmitglieder Waffen aus Verieberg geholt und sie einstweilen in einem Zwischendepot am Walde bei der Bahnstation Kleinen vergraben. Durch die Wachsamkeit grüner Polizeibeamter war das herausgekommen und die Angelegenheit fand ihr Nachspiel vor einem außerordentlichen Gericht in Bismar. Dabei stellte es sich heraus, daß die Waffen in einem der „Ordnungspolizei Bismar“ gehörigen Lastkraftwagen geholt worden waren. Ein Hauptwachmeister und zwei Wachmeister hatten sich, wie vor dem Gericht ausdrücklich festgestellt worden war, bestechen lassen und so den Transport ermöglicht. Die Schuldigen wurden zwar sofort aus dem Dienst entlassen, sonst aber ist ihnen bis zum heutigen Tage nichts geschehen. Kein schneidiger Staatsanwalt, wie der Messer Wagner, hat sie zur Rechenschaft gezogen.

**Thüringischer Ordnungsluts.** Der thüringische Innenminister Dr. Sattler verbot die für Mittwochabend vorgesehene öffentliche Versammlung der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, die den Abschluß der Weimarer Tagung bilden sollte. In der schriftlichen Begründung wird erklärt, daß die Versammlung wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit verboten werde, da sie sich mit Verhandlungsgegenständen wie „Politische Lage, Kriegsgefahr“ befaßte sollte.

**Vernünftiger Abbau.** Der heftige Landtag verabschiedete ein Gemeindefinanzgesetz, das schon bei den Wahlen im November Anwendung finden soll. Von Bedeutung ist, daß die Zahl der Stadtverordneten im Gesetz selbst nunmehr bestimmt ist und nicht mehr durch Ortsstatut erhöht werden kann. Dadurch erhalten Darmstadt und Mainz in Zukunft 24 anstatt bisher 60 Stadtverordnete.

## Bürgerkrieg.

### Die Pleite des Bürgerblocks.

Wenn man überhaupt augenblicklich schon von einem Wahlkampf um die Stadtverordnetenwahlung sprechen kann, dann kommt er höchstens darin zum Ausdruck, daß die Parteien langsam anfangen, zu Wahlveranstaltungen überzugehen. In der Presse ist es noch still. Das hat seinen tiefen Grund. Dem Bürgerblock fehlt jede Wahlparole. Zu gründlich haben sich die Herrschaften in den letzten vier Jahren blamiert. Die lächerliche Zerplitterung in nicht weniger als 15 bürgerliche Listen zeigt, wie sehr beim Bürgertum Cliqueswirtschaft und Richtungsgeist überwiegt und wie wenig all diese Herren insstande sind, sich zu gemeinsamer Arbeit und zur Bildung wirklich leistungsfähiger großer Parteien aufzuschwingen. Am peinlichsten ist es den Drahtziehern der Reaktion im Rathaus, daß sie gar nichts, aber auch gar nichts mehr gegen die verhassten Sozialdemokraten vorbringen können.

Ein Mahnruf des „Lokal-Anzeigers“ in der heutigen Morgenausgabe zeigt so recht die geistige Armut dieser Kreise. Es tut den Reaktionsären ordentlich leid, daß an dem Widerstand der Sozialdemokratie ihre Kadaverlust gebrochen ist. Denn die von ihnen prozoozierten Tumultuosen waren immer noch ihr bequemstes Propagandamittel. So bleibt nur als einziges Mittel, das rote Tuch zu schwenken wider die Phantastierzählung von der Rückkehr Paulsens übrig. Bei der Gelegenheit wird wenigstens anerkannt, daß Paulsen „unleugbar ein gewisses Anstandsgefühl besitzt“. Im übrigen aber ist er vom Uebel. Wenn er nicht kommt, kommt Löwentzen und wenn das nicht zieht, als schlimmstes Schreckgespenst der fürchterliche Dr. Lehmann. Der „Lokal-Anzeiger“ weiß es ganz genau, sein Berichterstatter hat an den letzten Sitzungen der sozialdemokratischen Fraktion im Rathaus teilgenommen! Einer dieser drei gefährlichen Männer wird nach dem Willen der Sozialdemokratischen Stadtkommission in Berlin werden.

Der „Lokal-Anzeiger“ weiß noch mehr. Die Sozialdemokraten wollen die städtischen Gesellschaften wieder in Regiebetriebe verwandeln. Die Kommunisten versichern zwar, daß gerade die Umwandlung aus dem Regiebetrieb in Gesellschaften von den Sozialdemokraten und dem berüchtigten Renegaten Reuter-Friesland mit ganz besonderem Eifer betrieben worden ist, aber das ist alles Unsinn. Der „Lokal-Anzeiger“ weiß es besser. Die Gesellschaften werden aufgelöst und die Tarife werden selbstverständlich baldmöglichst zur besseren Versorgung der sozialdemokratischen Bongen erhöht werden. Auch sind die Steuern für die Sozialdemokraten viel zu niedrig, gleich nach der Eroberung der Reichheit werden sie um mindestens 50 Proz. erhöht werden! Wie dankbar muß doch der brave Bürgersmann dem „Lokal-Anzeiger“ sein, daß er die geheimsten finsternen Pläne der Sozialdemokraten endlich ans Licht zieht. Sonst wüßte doch der Bürgersmann überhaupt nicht, worüber er noch schimpfen soll.

Ob die Leute nicht selber ein Gefühl dafür haben, wie lächerlich sie sich mit solch einer Wahlpropaganda machen? Höchst wahrscheinlich wissen sie das selber! Aber in der Not frist bekannlich der Teufel fliegen und da es mit dem Bürgerblock zu Ende geht, so muß man eben mit Gewalt etwas erfinden, um ihn am Leben zu erhalten. Wenn etwas zeigt, daß die sozialdemokratische Sache gut steht, dann diese knallharte und dumme Art von Wahlpropaganda der Geistesleuten des deutschenationalen „Lokal-Anzeiger“.

## Ein mildes Urteil.

### Sechs Monate Gefängnis für Körperverletzung mit Todeserfolg.

Wie der „Bormaris“ vor einiger Zeit berichtete, verstarb der 17 Jahre alte Lehrling Kühne an den Folgen eines Schlaglages, der ihm von seinem Lehrmeister, dem Schlächtermeister Karl Junghänel aus der Wollankstraße in Pantow beigebracht worden war. Nur durch einen Zufall kam damals der wahre Sachverhalt ans Tageslicht. Ein anonymes Brief, der an die Eltern des verstorbenen Lehrlings gerichtet war, ließ die Möglichkeit erkennen, daß ihr Sohn eines unnatürlichen Todes gestorben sei. Die von der Kriminalpolizei sofort eingeleitete Untersuchung ergab die Richtigkeit dieser Mitteilung. Es wurde bei dem Toten, der bereits zur Beerdigung freigegeben war, ein schwerer Schädelbruch festgestellt, was zu einer sofortigen Verhaftung und zur Einleitung eines Gerichtsverfahrens gegen den Schlächtermeister Junghänel wegen Körperverletzung mit Todeserfolg führte. Bestern mußte sich Junghänel nun vor dem Schwurgericht des Landgerichts III verantworten.

Der Tatbestand ergab u. a. folgendes: Im Schlachthaus hatte der Lehrling einen Hammel durch Blutwasser geschleift, der Reiter war darüber ärgerlich geworden und hatte ihm mit einem Besenstiel über den Tisch hinweg einen Stoß versetzt. Der Lehrling war gestraucht und zu Boden gefallen. Er verriechete dann nach am Nachmittag seine Arbeit, mußte sich dann aber gegen Abend zu Bett legen, da er über starkes Unwohlsein klagte. In der Nacht trat noch Erbrechen ein, so daß eine sofortige Ueberführung in das Pantower Krankenhaus erfolgen mußte. Bereits am nächsten Tage trat der Tod infolge des festgestellten schweren Schädelbruches ein. Der Angeklagte hielt es nicht für möglich, daß der Lehrling bei jenem Fall sich die schwere Verletzung zugezogen haben könnte. Er wisse gar nicht einmal, ob er ihn mit dem Besen getroffen habe. Er glaube vielmehr, daß der Lehrling beim Ausweichen ausgeglitten sei. Außerdem wurde vom Verteidiger darauf hingewiesen, daß der Lehrling in seiner Stube am nächsten Tage, als er zur Wasserleitung gehen wollte, wiederum zu Boden gefallen sei, so daß die Möglichkeit bestehe, daß der Schädelbruch erst hierbei erfolgt sei. Die Meinung der Sachverständigen ging über diesen Punkt auseinander, zumal ein anderer Zeuge bezeugte, daß er bei dem zweiten Fall zugegen gewesen sei. Er habe noch den Kranten gestützt und dieser sei ihm trotzdem wahrscheinlich infolge Schwäche entglitten. Das Schwurgericht kam zu der Ueberzeugung, daß der Tod des Lehrlings eine Folge des Stoßes mit dem Besen gewesen sei und deshalb vorläufige Körperverletzung vorliege. Da die Beweisaufnahme über den Charakter des Angeklagten nichts nachteiliges ergeben hatte, billigte ihm das Gericht mildernde Umstände zu und hielt 6 Monate Gefängnis für ausreichend. Ueber eine vom Verteidiger beantragte Bewährungsfrist behielt sich das Gericht nach eine Beschlußfassung vor.

Der Tod des jungen Mannes, der seinerzeit bei der Pantower Bevölkerung helle Aufregung über die rohe Tat und zu tumultuösen Straßenzügen führte, so daß die Polizei wiederholt eingreifen mußte, hat hierdurch seine Sühne gefunden. Der Fall kann als ein warnendes Beispiel für die hingestellt werden, die noch immer nicht vermögen auf einen jungen Menschen durch andere Hilfsmittel als durch Schläge erzieherisch einzuwirken.

## Synagogeneinbrüche.

Die Berliner Synagogen sind seit einiger Zeit ein beliebtes Tätigkeitsfeld für Einbrecher. Kürzlich wurde, wie wir mitteilen, einer dieser Spezialisten in der Lühnowstraße auf frischer Tat ertappt und festgenommen. Er hat aber entweder Nachahmer gefunden oder Helfershelfer gehabt, die jetzt ohne ihn weiter arbeiten. In der vergangenen Nacht wurde die kleine Synagoge in der Gipsstraße heimgesucht, die im Seitenflügel eines Gebäudes liegt und deren Zugänge nicht besonders gut gesichert sind. Auch der Schrank, in dem die gottesdienstlichen Geräte aufbewahrt werden, bietet Einbrechern keine Schwierigkeiten. Sie erbeuteten aus diesem Schrank

zwei Silberergoldete Freundschaftshände, Tafeln mit den 10 Geboten und eine Opferbüchse, die sie von der Wand abrißen. Mitteilungen zur Aufklärung an die Dienststelle B I 3 im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums.

## Das Autobusunglück am Lühnowufer.

### Forschung der Zeugenvernehmung.

Die Beweisaufnahme über die Schuldfrage in dem folgenschweren Autobusunglück am Schöneberger Ufer wurde heute fortgesetzt. Es wurden noch eine Reihe der Fahrgäste des dichtbesetzten Autobusses vernommen. Einige von ihnen bestätigten die Angaben der gestern vernommenen Zeugen, daß es ihnen vorgekommen sei, als ob der Lenker des Autobus entweder sehr unsicher oder betrunken gewesen sei.

Andere Zeugen dagegen hatten, obwohl sie täglich diese Straße mit dem Autobus gefahren sind, nichts Außergewöhnliches wahrgenommen. Es wurde dann auch die Zeugin Beiersdorf, auf die Rechtsanwalt Proell, der Verteidiger des Angeklagten Dr. Silberberg, so großes Gewicht gelegt hat, vernommen, da sie sich inzwischen selbst gemeldet hat. Diese Zeugin behauptete, daß der Autobus sehr unsicher und im Sidjakturs gefahren sei, so daß sie gleich ein Unglück befürchtet hätte und dem Fahrer Reumann zugerufen habe, er möchte vorsichtiger fahren. Reumann habe ihr auf ihre Warnung mit einem sehr heftigen Schimpfwort erwidert. Es sei dem Autobus auch ein Privatauto entgegengekommen, und dessen Führer sei aus Entsetzen über den rasenden Autobus in eine Nebenstraße geflohen. Nunmehr setzte der Verteidiger des angeklagten Autobusführers Reumann, R.-A. Robert Heine, im Verein mit dem Vorstehenden mit zahlreichen Fragen ein und es ergab sich, daß die Aussagen dieser Zeugin in vielen Punkten unwahrscheinlich waren. Sehr eingehend worden die Bekundung eines Kraftwagenführers Gruber, der mit seinem Auto ganz in der Nähe der Unfallstelle, am Lühnowufer 1, gehalten hat. Der Autobus sei mit einer Schnelligkeit von etwa 30 Kilometer gefahren und zunächst dicht an der Bordstele. Dann machte er eine kleine Wendung nach links, bog dann aber im scharfen Bogen nach rechts. Das war in demselben Augenblick, als Dr. Silberberg mit seinem Auto den Autobus überholte. Der Zeuge bekundete, daß er gleich das Gefühl gehabt habe, daß es kritisch werde und da sei dann auch das Unheil eingetroffen.

## Die Tauschwohnungen von Werlsee.

### Ein großer Wohnungsbauungsprozeß.

Vor dem Schöffengericht Charlottenburg begann heute früh die Verhandlung gegen die Wohnungsbauer von Werlsee, denen ein ausgebreiteter Schwindel mit fingierten Tauschwohnungen zur Last gelegt wird. Dem Wohnungsbau Wilmersdorf war es ausgefallen, daß hintereinander eine große Anzahl von Tauschwohnungen aus der Gemeinde Werlsee bei Grünheide zur Anmeldung gekommen waren.

Dem mit den Ermittlungen beauftragten Kriminalkommissar Bächter vom Berliner Polizeipräsidium gelang es, ein ganzes Schwindelkonfessionarium festzustellen. An dessen Spitze stand der Wohnungsbauer Kahner aus Berlin, der mit dem Gemeindevorsteher Rar Jersch, dessen Bureaugehilfen Georg Wegner aus Jangschleuse und Wilhelm Braunder aus Wilmersdorf Verbindung hatte. Kahner hatte eine Reihe von Leuten an der Hand, die ihre Wohnungen in Berlin ausgeben wollten. Er versprach ihnen günstige Verkaufsbedingungen und brachte bei den Wohnungsämtern des Westens Tauschbescheinigungen der Gemeinde Werlsee bei. Die Ermittlungen ergaben aber, daß dieseungsweise gefälscht waren. Zum größten Teil waren die Wohnungen gar nicht vorhanden oder es waren immer dieselben Personen, die ihre Wohnungen zum angeblichen Tausch zur Verfügung stellten. Der Vermittlungsmann zwischen Kahner und dem Gemeindevorsteher Jersch bzw. dessen Bureaugehilfen war der Elektrotechniker Erich Sauer in Grünheide. Auf diese Weise wurde eine ganze Reihe von Wohnungen vermittelt und es wurden hierfür den Beteiligten erhebliche Geldbeträge zur Verfügung gestellt. Die Wohnungsämter wurden durch den Scheintausch arglistig getäuscht. Die sämtlichen fünf an diesem Schwindelkonfessionarium beteiligten Personen haben sich nunmehr unter der Anklage des Betruges, der Urkundenfälschung, der falschen Beurkundung und der Bestechung zu verantworten. Es sind ihnen im ganzen 29 Fälle des Scheintausches mit falschen Tauschbescheinigungen nachgewiesen worden. Zum Teil sind die Angeklagten auch geständig. Die Verteidigung der Angeklagten führte eine ganze Reihe von Anwälten, darunter die Rechtsanwälte Dr. Goldstädter, Bahn, Dr. Faaga, Dr. Arras und Schmeißer.

## Zweitägige Sonderfahrt Berlin—Hamburg.

Bei ausreichender Benützung fährt am Sonnabend, den 10. Oktober, ein Sonderzug vierter Klasse nach Hamburg. Der Zug fährt vom Lehrter Bahnhof um 3.07 Uhr nachmittags ab, nimmt Spandau um 3.27 Uhr, Rauen 3.58 Uhr mit und trifft um 8.10 Uhr in Hamburg ein. Die Rückfahrt erfolgt von Hamburg am Sonntagabend um 6.53, Eintreffen in Berlin 12.20 Uhr nachts. Fahrpreise für Hin- und Rückfahrt ab Berlin 12.80 M., Spandau 12.30 M., Rauen 11.30 M. Für Sonntag sind in Hamburg Auto- und Hafenrundfahrten, Besuch bei Hagenbeck und gemeinsames Mittagessen vorgesehen. Die Zusatzkarte für alle diese Veranstaltungen (einschl. Uebernachtung, Morgentasse, Mittagessen) kostet 12.50 M. Fahrkartenvorverkauf auf dem Lehrter und Schließens Bahnhof, dem Mitteleuropäischen Reisebureau, Potsdamer Bahnhof und Friedrichstraße, bei Bertheim, Leipziger Straße, im Kaufhaus des Westens, bei der Hagap und dem Reisebureau Unter den Linden 8 und 57/58.

Das reparierte Haustürschloß. Aus dem Hause Monumentenstraße 26 melden wir in Nr. 464, daß ein seit längerer Zeit reparaturbedürftiges Haustürschloß erst nach einem von uns veröffentlichten Hinweis auf die Gefährlichkeit dieses Zustandes (die Tür blieb oft zur Nachzeit offen) endlich repariert worden war. Jetzt meldet sich eine Frau Anna Marx, die wohl Eigentümerin des Hauses ist, und erzählt uns, es habe nicht erst die Polizei aufzufinden „Bormaris“ Artikels bedurft, vielmehr sei der Auftrag zur Türschloßreparatur schon vorher gegeben worden. Sie vertritt nur, hinzuzufügen, wie lange vorher die Richter bereits über die Reparaturbedürftigkeit des Schloßes geklagt hatten und die für den Zustand des Hauses verantwortlichen Personen davon in Kenntnis gesetzt worden waren.

## Ein französisches Munitionsschiff explodiert.

### Zahlreiche Tote und Verletzte.

Paris, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Reede von Boreau ist am Mittwoch nachmittag der Dampfer „Saint Brioux“, der im Begriff war, mit einer Munitionsladung nach Marokko auszufahren, infolge einer Explosion in die Luft geflogen. Gerüchtweise verlautet, daß es sich um einen kommunistischen Anschlag handele, doch liegt dafür noch keinerlei Bestätigung vor. 40 Mann der Besatzung sollen verlegt oder getötet worden sein.

Der Seediens nach Ostpreußen. Das Reichsverkehrsministerium teilt mit, daß einige Agenturen berichteten, daß der Seediens nach Ostpreußen jetzt vorübergehend eingestellt würde. Die Nachricht ist falsch. Die Einstellung erfolgt vorübergehend erst nach Neujahr.

Wladivostok—Hamburg. Die Okrasien-Gesellschaft in Wladivostok wird einen regelmäßigen Schiffsverkehr Wladivostok—Hamburg einrichten. Die Linie soll durch zwei Dampfer bedient werden.

## Unsere Wahlkundgebungen.

Zu der gestrigen Versammlung, die in der Schulaula in der Schönfelder Straße stattfand, hatten die Kommunisten unter Führung des Landtagsabgeordneten Bartels eine starke Sprengkolonne entsandt. Entsprechend der Unsicherheit, die augenblicklich bei der Paroleausgabe in der SPD herrscht, war auch bei den Erschienenen eine starke Unsicherheit in Bezug auf die Taktik, die sie einschlagen sollten, zu bemerken. Sie entschlossen sich, endlich zu der augenblicklich wieder in den Vordergrund getretenen milderer Tonart und beschränkten sich auf störende Zwischenrufe und hämische Bemerkungen. Die erste Referentin, Genossin Schmitz, hob noch einmal ausführlich die Leistungen der sozialdemokratischen Fraktion in der bisherigen Stadtverordnetenversammlung hervor. Genosse Heilmann geißelte in wirksamer, von stürmischen Zurufen oft unterbrochener Rede die Folgen des Rechtskurzes in Deutschland. Wenn man unsere Politik sachlich kritisiere, so sei dagegen nichts einzuwenden. Die gegnerischen Parteien arbeiten aber in erster Linie mit der Waffe der persönlichen Verleumdung gegen uns. Es sei verkehrt anzunehmen, daß die Rechtsparteien Gegner der Republik wären. Die Republik wäre ihnen schon recht, wenn sie nur die Macht in der Hand hätten. Sie treiben eine Innenpolitik, die einzig und allein ihre Selbstinteressen berücksichtigt und in der Außenpolitik mühten sie die Erde nach Eisen, die von den bisherigen Regierungen begonnen sei und die zwangsläufig aus unserer Lage sich ergäbe. Die demokratische Republik und die Stadtverordnetenversammlung werde den Inhalt haben, den die Wähler ihnen geben. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Bartels bestätigte in der Diskussion durch seine Rede die Auffassung, daß die SPD nach wie vor trotz aller Bündnisangebote mit den Mitteln der persönlichen Verunglimpfung gegen uns arbeite. Von Genossen Heilmann wurde er in einem Schlusswort sehr wirksam abgefertigt. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die stürmisch verlaufene Versammlung.

In einer Wählerversammlung in Johannisthal, die sich eines guten Besuches erfreute, behandelte Genosse Reimann in einem groß angelegten Referat die Bedeutung der Berliner Stadtverordnetenversammlung. In leicht verständlicher Weise machte er den Anwesenden klar, daß die Stadtverordnetenwahlen ein Wahlstab für alle späteren Wahlen sind. In scharfen Worten geißelte Reimann die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien und Kommunisten im Rathaus. Seine Ausführungen konnten er mit einem reichen Tatsachenmaterial belegen. Der zweite Referent, Genosse Lempert, behandelte kurz die Tätigkeit der Fraktion im 15. Verwaltungsbezirk. Recht schlecht kam dabei die Partei der Steigbügelhalter (SPD) weg. In ausführlicher Weise vermachte Lempert den Nachweis zu erbringen, daß die SPD die einzige Partei ist, die im Bezirk die Interessen der Arbeiter vertritt und in Zukunft vertreten wird. Alles in allem hat diese Versammlung den Beweis erbracht, daß die SPD voller Zuversicht dem Wahlsieg entgegensteht. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Lichtenberg. In stark überfüllter Versammlung im Cecilien-Lyzeum in Lichtenberg sprach Genosse Kuttner. Er behandelte die politische Lage, die durch den Rechtskurz eingetreten ist. Seitdem wird die Lage der arbeitenden Bevölkerung immer drückender und teurer. Scharf hielt er Abrechnung mit der deutschnationalen Volkspartei und ihren treuen Knappen von der SPD. Genosse Guttschmidt behandelte die kommunalpolitische Tätigkeit der SPD und der bürgerlichen Parteien. An Hand reichen Materials konnte der Redner der Versammlung die Politik unserer Partei vor Augen führen, die sich besonders auf dem Gebiet der Siedlungspolitik in der Zukunft nicht auswirken werde. Die Versammlung nahm einen ruhigen Verlauf. Trotzdem Kommunisten zahlreich anwesend waren, erhob sich kein Widerspruch. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch schloß die Versammlung.

Treptow-Baumhuldenweg. Auch die Wählerversammlung am Treptower Park 26 war sehr gut besucht. Die Referate der Genossen Stellung und Stadtrat Wermuth wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Versammlung selbst verlief ohne jegliche Störung und wurde mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Eisenbahn-Schule. Am 12. Oktober beginnt das neue Semester der Eisenbahnschule in Berlin. Außer den nach dem Normalplan vorgesehenen Lehrenden finden Sonderkurse statt für Supernumerare, für Eisenbahnschüler, für Schüler, für Lokomotivführer-Kandidaten und für Wagenmeister. Bei genügender Beteiligung werden für Betriebsmeister, Betriebsführer und Lokomotivführer zwei Sonderlehrgänge eingerichtet und zwar für elektrische Ausföhrung und Barmaterialien. Außerdem wird beachtet, daß bei genügender Beteiligung einen Unterrichtskursus für Esperanto einzurichten. Das Schulgeld beträgt für Mitglieder der angeschlossenen Verbände bei mindestens 20 Teilnehmern in jedem Kursus 25 Mk., dazu 1,50 Mk. für kostenlose Lieferung der Zeitung „Die Eisenbahnschule“. Andere Teilnehmer zahlen 27,50 Mk. und 1,50 Mk. Anmeldegebühren werden jedoch (außer Eisenbahnern) von 7-9 Uhr im Vorzimmer der Schulverwaltung auf dem Anhalter Bahnhof entgegengenommen.

Die Führerkommission des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose veranstaltet während des Monats November d. J. in Berlin wieder einen vierwöchigen Lehrgang in der Tuberkulosefürsorge für etwa 30 bis 40 Teilnehmerinnen, der einen theoretischen und einen praktischen Teil umfaßt. Nur Teilnehmerinnen werden in erster Linie staatlich geprüfte Krankenschwestern oder Sänglingslehrerinnen zugelassen; in Ausnahmefällen können Lehrende- und Fabrikarbeiterinnen, Mitglieder des Vereins vom roten Kreuz, der Vaterländischen Frauenvereine und andere Damen, welche die staatliche Anerkennung als Krankenschwester nicht besitzen, zugelassen werden, sofern sie ihrer Vorbildung nach zur Betätigung in der sozialen Fürsorge geeignet sind. Der Unterricht ist unentgeltlich. Für Unterkunft und Verpflegung haben die Teilnehmerinnen selbst zu sorgen. Auf Antrag können Beihilfen hierfür gemeldet werden. Anmeldungen sind bis spätestens 10. Oktober d. J. an die Geschäftsstelle des Tuberkulose-Zentralkomitees, Berlin W 9, Köpenicker-Straße 7, zu richten. Ueber die Zulassung ergeht besondere Mitteilung.

Der Volkstrost-Bund veranstaltet eine Reihe von Vorträgen über „Die soziale Not unserer Zeit“. Den ersten dieser Vorträge hält Dr. Magnus Hirschfeld, der Mittwoch, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, in der Aula Georgenstraße 30 über „Das Prostitutions-Problem“ spricht.

## Gewerkschaftsbewegung

### Die deutsche Gewerkschaftsdelegation in Amerika.

#### Ablehnung der moskowitzschen „Einheitsfront“:

Atlantic City, den 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, der hier gegenwärtig tagt, wurde die deutsche Gewerkschaftsdelegation besonders herzlich ausgenommen. Tarnow, der heute im Namen der deutschen Delegation eine Begrüßungsrede hielt, erntete großen Beifall. Nach ihm sprach Purcell von den Engländern, der die amerikanische Federation of Labor einlud, es den Engländern gleich zu tun und mit den Russen eine „Einheitsfront“ zu schließen. Green, der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, der auf die Begrüßungsreden antwortete, lehnte unter stürmischem Beifall in der eindeutigsten Form diese Einladung Moskows ab.

### Die Mühlenarbeiter beschließen den Streik.

#### Ein letzter Verhandlungsversuch.

Die Urabstimmung der Mühlenarbeiter, die gestern vorgenommen wurde, ergab eine erdrückende und damit die im Verbandsstatut vorgesehene Mehrheit für den Streik. Entsprechend dem Beschluß der Funktionäre soll aber nochmals, bevor die Arbeitsniederlegung vorgenommen wird, versucht werden, mit dem Arbeitgeberverband in Verhandlung zu treten, um in der Lohnhöhe, wenn möglich, ein anderes Resultat zu erzielen. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit hat nun der Arbeitgeberverband der Mühlenindustrie.

### Protestversammlung der Verkehrsarbeiter.

Eine von über 5000 Arbeitern und Angestellten der Berliner Verkehrsbetriebe besuchte Versammlung, die vom Deutschen Verkehrsband am Mittwoch nach der „Neuen Welt“ einberufen war, beschäftigte sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Verkehrsbetrieben.

Ortmann als Bevollmächtigter des Verkehrsbandes gab einleitend einen Rückblick auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse des letzten Jahres. Während die Lebenshaltung der gesamten arbeitenden Bevölkerung stetig verschlechtert wird durch die Erhöhung der Mieten, die Verteuerung der Bekleidungsgegenstände und Nahrungsmittel, die sich durch die von der Regierung durchgedrückte Zollvorlage noch mehr verschärfen wird, stellen sich die Unternehmer auf den Standpunkt, im Interesse des Aufbaues der deutschen Wirtschaft keine Lohnhöhungen zu gewähren zu können. Die Verkehrsbetriebe sind nun gerade so rentable Betriebe, daß sie sehr gut auskömmliche Löhne zahlen könnten. Sie ziehen es aber vor, auf Kosten der angespannten Arbeitskraft ihrer Leute ihre Betriebe auszubauen und im Werte zu steigern. Das beste Beispiel dafür ist die Straßenbahn. Sie hat im letzten Jahre einen Ueberfluß von etwa 30 Millionen Mark erzielt, der zum Auf- und Ausbau des Betriebes verwendet wurde. Nach vorläufigen Schätzungen von Sachleuten ist der augenblickliche Wert der gesamten Straßenbahn auf 250 Millionen Mark veranschlagt. Die Arbeiter der Verkehrsbetriebe müssen sich endlich aufrufen und die Reihen der Organisation schließen, damit mit dieser Lohnpolitik ausgeräumt werden kann.

Anschließend schilderte Hiller die von uns bereits mitgeteilte ablehnende Stellungnahme der Verkehrsunternehmen gegen die Lohnforderungen der Arbeiter. Er kritisierte besonders die von der Hochbahndirektion beabsichtigten Verschlechterungen des Manteltarifs. Nach den beiden Referaten fand eine Entschleunigung einstimmige Annahme, die sich gegen die unverständliche Stellungnahme der Verkehrsunternehmen wendet und alle Verkehrsbediensteten auffordert zum Eintritt in die Organisation.

Die nun folgende ausgedehnte Diskussion wurde von den Abgesandten Moskows mißbraucht, um die Versammlung leer zu reden. Parole „Einheitsfront“ war Trumpf. Gegen das Unternehmertum fand man kein Wort. Ueber die Lohnfrage wurde überhaupt nicht geredet. Aber Locarno, das Ermächtigungsgesetz, das deutsch-russische Bündnis, Barmat, Arbeitsgemeinschaft usw., das waren die brennenden Fragen mit denen die Verkehrsarbeiter aus der Versammlung hinausgeekelt wurden. Man hätte wohl von seiten der Versammlungsleitung besser getan, statt in unangebrachter Nachsicht die Versammlung sabotieren zu lassen, jede Abweichung von der Tagesordnung zu unterbinden. Wenn die SPD sich mit den Selben und den Druckbergern verbrüdern will, mag sie das auf ihre Kosten tun.

### Streik bei der Aktiengesellschaft für Bauausführung.

Steinseher und Berufsgenossen! Der Lutherische Preisabbau beginnt!

Mit welcher Brutalität einzelne Unternehmer die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herabzudrücken suchen, dafür bietet das Verhalten der Aktiengesellschaft für Bauausführung, Berlin, Rülöwstraße 90, ein Musterbeispiel. Diese Firma führt, wie eine Reihe von Steinseherfirmen, unter anderen auch die Kabellegerungsarbeiten aus. Durch die Ineffizienzpolitik der dabei beschäftigten Arbeiter (von je 100 waren höchstens 10 organisiert), konnte selber der Lohn für diese Gruppe nur auf 78 Pf. pro Stunde gebracht werden. Ist dies nun schon ein Lohnsatz, der nur als Hungerlohn bezeichnet werden kann, so scheuen sich einige Firmen nicht, unter Führung der Aktiengesellschaft für Bauausführung, den Versuch zu unternehmen, diesen Hungerlohn um 4 Pf. pro Stunde zu kürzen, außerdem das tariflich festgelegte Fahrgeld und die Beträge für die Wohlfahrtskasse zu streichen.

Auf Hinweis der Betriebsvereinerung, daß dies Tarifbruch wäre und die Belegschaft ihre Forderung daraus ziehen würde, erklärte der Generaldirektor Teske höhnisch lächelnd: „Wir haben

ja tausende Arbeitslose und wenn die Belegschaft nicht für 74 Pf. arbeiten will, dann werden wir genügend andere Leute erhalten.“

Dieser Herr braucht ja nicht für 74 Pf. pro Stunde im nackten Kabeigraben sein Brot verdienen und seine Gesundheit zum Markte tragen. Bedauerlich ist, daß solche Gemütsathleten nicht mal auf eine Zeit dazu gezwungen werden können.

Die Belegschaft, unter Führung des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, hat nun die einzig richtige Antwort gegeben und bis auf einige wenige Arbeitswillige, die Arbeitsstellen verlassen. Auch die von dem Lohnabbau nicht betroffenen Steinseher und Kammer haben sich erfreulicherweise bis auf zwei solidarisch erklärt und die Arbeit eingestellt.

Wir ersuchen alle Klassenbewußten Arbeiter, insbesondere Tiefbau- und Asphaltarbeiter, darauf zu achten, daß Arbeiten an Kabeigräben der Aktiengesellschaft für Bauausführung nicht weiter geführt werden und bitten jede Beobachtung der Streikleitung mitzuteilen. Bureau der Steinarbeiter, Berlin SO. 16, Engelsufer 25, Postplatz 115 00.

### Lugusindustrie und Schuldlohn.

Die Silberwarenfabrikanten hatten die von den Arbeitnehmern gestellte Lohnforderung von 20 Proz. mit der bekannten Begründung der „Nichttragfähigkeit“ abgelehnt. Darauf wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. In den Verhandlungen, die am 1. Oktober waren, erklärten die Unternehmer ebenfalls wieder, zu keiner Lohnhöhe einverstanden zu sein. Da es zu keiner freien Einigung kam, wurde ein Schiedspruch gefällt, durch den sich der tarifliche Spitzenlohn von bisher 86 Pf. auf 90 Pf. erhöht. Die Geltungsdauer war vom 2. September bis zur Lohnwoche, in die der 31. Dezember fällt, festgesetzt.

Eine gut besuchte Versammlung der Silberfahmiede nahm am Mittwoch zu dem Schiedspruch Stellung. Erna Gladbach vom Deutschen Metallarbeiterverband berichtete über die Verhandlungen. Sie brachte zum Ausdruck, daß es in dieser ausgesprochenen Lugusindustrie durchaus möglich sei, höhere Löhne zu zahlen. Dieser Schiedspruch bringe eine so geringe Aufbesserung der Löhne, daß er nicht zur Annahme zu empfehlen sei. Auch ist die Laufzeit bis Ende Dezember viel zu lang bemessen.

Die Versammlung beschloß, über den Schiedspruch gar nicht zu diskutieren. Sie lehnte ihn einstimmig ab. Eine erweiterte Vertrauensmännerkonferenz wird über die zu ergreifenden Maßnahmen endgültig beschließen.

### Verweigerung von Ueberstunden.

In einem heißen Augusttage wurde in der Kellerei der Schutke heiß-Fagenhofer-Brauerei wegen der plötzlich eingetretenen starken Nachfrage nach Flaschenbier für sämtliche Arbeiter je eine Ueberstunde angeordnet. Während sonst, wenn Ueberstunden nötig waren, dies am vorhergehenden Tage angezeigt wurde, geschah die Anordnung in diesem Falle erst im Laufe der selben Nacht, an deren Schluß die Ueberstunde gemacht werden sollte. Ein Teil der Arbeiter erklärte, an diesem Tage keine Ueberstunden machen zu können, weil sie sich nicht darauf eingerichtet hätten oder aus persönlichen Gründen verhindert seien. Auf die Frage des Betriebsleiters, wer die Ueberstunde nicht machen wolle, meldeten sich etwa 20 Arbeiter. Daran erklärte der Betriebsleiter: „Na gut, dann bleiben ja noch 7 bis 8 Kolonnen hier, das genügt.“ Die Arbeiter, welche sich gegen die Ueberstunden gemeldet hatten, ließen sich durch diese Bemerkung von der Leistung der Ueberstunde entbunden. Ein Teil von ihnen hatte übrigens den Betriebsleiter die Hinderungsgründe vorgetragen, die derselbe auch in einigen Fällen tatsächlich als Entschuldigung anerkannte. Zwei Tage später wurden von den 20 Arbeitern, welche die Ueberstunde nicht gemacht hatten, sieben entlassen, darunter mehrere, deren Entschuldigungsgründe der Betriebsleiter ausdrücklich anerkannt hatte.

Die Entlassenen klagten beim Gewerkschaftsverband eines Vertreters des Lebensmittel- und Getränkearbeiter-Verbandes auf Wiedereinstellung oder Entschädigung. Sie beriefen sich darauf, daß notwendige Ueberstunden, die nach dem Tarifvertrage zulässig sind, stets gemacht worden seien, wenn sie am vorhergehenden Tage angeordnet wurden. Wäre die Betriebsleitung im vorliegenden Falle nicht von diesem Brauch abgewichen, dann hätten die Arbeiter ohne Ausnahme die Ueberstunde geleistet. Die Verweigerung einer einzigen Ueberstunde könne keinen Grund zur Entlassung abgeben.

Die beklagte Firma bestritt, zur vorherigen Ankündigung der Ueberstunden verpflichtet zu sein. Der Tarif gebe ihr das Recht, Ueberstunden anzuordnen, die Verweigerung derselben sei gleichbedeutend mit einem Tarifbruch.

Das Gericht verurteilte die Beklagte, die Kläger weiter zu beschäftigen oder jedem eine Entschädigung von 73 Mark zu zahlen. Zur Begründung des Urteils wurde gefolgt an sich seien die Kläger zur Leistung der angeordneten Ueberstunden verpflichtet gewesen, es habe aber nicht festgestellt werden können, daß die dem Betriebsleiter vorgetragenen Entschuldigungsgründe von diesem abgelehnt worden seien. Die Kläger hätten sich also für ent-schuldig halten können.

### Die Streikabstimmung der österreichischen Beamten.

Wien, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das endgültige Ergebnis der Abstimmung der österreichischen Bundesbeamten über die Anwendung des Streiks als letztes Kampfmittel ist folgendes: 92,8 Proz. der Beamten stimmten für den Streik und nur 6,7 Proz. dagegen.

Verantwortlich für Politik: Gustl Wenter; Wirtschaft: Heinz Coterano; Gewerkschaftsbewegung: Heide, Glöck; Freiwirtschaft: A. D. Bücher; Soziale und Sozialisten: Reich, Karst; Arbeiter: H. Glöck; Samstags in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 1.

Am 8. Oktober verstarb mein lieber Mann, der Reichsherr  
**Wilhelm Albrecht**  
im 75. Lebensjahre.  
Die trauernde Witwe  
**Baronin Albrecht**  
Die Einäscherung findet Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt. (1319)

**A. Behm - Schwarzbachs**  
Kaufmännische Privatschule  
(Inh. F. Eggert)  
Neukölln, Anmeldung, Ganhoferstr. 1  
und Berliner Str. 33 (Privatwohnung)  
Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/3-Jahres-  
Lehrgänge. — Fernspr.: Neukölln 1063.

Wer den echten  
**Kapitän - Kautabak**  
auch nur einmal versucht hat,  
wird ihn nicht mehr entbehren  
wollen. Der Kapitän hat einen  
eigenartigen feinen  
Geschmack, ist nachkänischer  
Art aus reinem Kentucky  
hergestellt. Verkaufsstellen  
überall; werden auch nachge-  
wiesen durch den Generalver-  
trieb C. Röcker, Berlin, Lich-  
tenberger Str. 22. (Königsr. 3961)

**Das Rührer-Tea.**  
  
„An dem Rhein und an der Elbe,  
An der Saale, an der Spree,  
Viborall gibt man sich selber  
einem Rührer-Tea.“  
**MESSMER'S TEA.**  
Besonders wirksam sind die KLEINEN  
ANZEIGEN in der Gesamtheit  
des „Vorwärts“ und trotzdem  
billig!

Ziehung am 16. u. 17. Oktober  
**Preuß. Staats-Lotterie**  
Höchstgewinn auf 1 Doppellos:  
**2.000.000 RM.**  
Höchst- und Hauptgewinn:  
**1.000.000 RM.**  
**500.000 RM.**  
**300.000 RM.**  
**200.000 RM.**  
1/2 1/4 1/8 1/16 Doppellos  
6.- 3.- 1.50- 0.75- 48.-  
Porto und Liste 25 Pfg. extra.  
**Leipziger** Staatlicher  
Berlin NW 7  
Friedrichstr. 100, am Bahnhof Friedrichstr.  
H. Geschäft:  
NW, Golzkowskystraße 37  
Postcheckkonto: Berlin 31 150.

Schützt Eure Bücher!  
  
**Bücherschrank in Eiche**  
M. 42.-  
1,52 m hoch, 0,70 breit,  
0,30 tief, mit 3 Böden,  
in hell, braun oder  
schwarz. Auch größere  
am Lager. Bestand  
nach außerhalb.  
A. Köhler,  
Vormärkte-Expedition  
Berlin-Treptow,  
Gröbnerstr. 50.  
Tel. Moritzplatz 8048  
Öffnet von 7-7 Uhr  
**Inferieren**  
bringt ERPOLG!

Sie kugeln sich  
vor Lachen  
  
Mit der Lektüre des  
Republikanischen Witzblattes  
**LACHEN LINKS**  
Das aktuellste politische  
Witzblatt, in künstlerisch hochwertiger  
Ausführung  
Jede Nummer kostet 20 Pf.  
Zu beziehen durch  
die Botenfrauen des Vorwärts